



#unserOsnabrueck

KOMMUNALWAHL 2016

*UNSERE THEMEN, ZIELE UND
VORHABEN FÜR DIE ZUKUNFT*

PROGRAMM 2016-2021



AM
11. SEPTEMBER
SPD
WÄHLEN!

UNSER-OSNABRUECK.DE

OSNABRÜCK WÄHLT DEN NEUEN RAT.

DIE SPD WIRBT UM IHRE STIMME!

**Liebe Osnabrückerin,
lieber Osnabrücker,**

am 11. September wählen Sie den neuen Rat der Stadt Osnabrück.

Die SPD möchte weiterhin Verantwortung für die Friedensstadt übernehmen und sich mit ihren Frauen und Männern im Stadtrat für ein lebenswertes und soziales Osnabrück für Alle einsetzen.

Nehmen Sie Einfluss auf die weitere Entwicklung unserer Stadt!

Geben Sie Ihre Stimme den Kandidatinnen und Kandidaten der SPD!

Die SPD steht für ein Osnabrück, das gerecht, sozial, anziehend, einladend, lebendig und stark ist. Osnabrück ist die Stadt, in der wir uns wohlfühlen und in der wir gern leben, arbeiten und wohnen.

Die SPD will Osnabrück weiter stärken und für die Zukunft ausrichten. Wir sind uns sicher, dass Osnabrück viele Möglichkeiten besitzt, um sich weiter zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger zu entfalten.

Wir wissen: mit gesundem und vielfältigem Wachstum wird Osnabrück seine bedeutende Rolle in der Region

weiter ausbauen können. Das ist wichtig, denn im Wettbewerb mit anderen Städten und Regionen im Nordwesten müssen wir uns anstrengen und einsetzen, damit Osnabrück auch in Zukunft ein starkes und attraktives Oberzentrum bleibt.

Die SPD hat in der zu Ende gehenden Ratsperiode gezeigt, dass sie in diesem Sinne der Motor des Rats der Stadt Osnabrück ist. Wir werden weiter hart dafür arbeiten, dass richtungsweisende Prozesse für ein lebenswertes Osnabrück fortgeführt werden.

Die SPD steht für:

- ausreichenden und bezahlbaren Wohnraum
- gute Arbeitsbedingungen und sichere Arbeitsplätze
- umfassende, faire und gerechte Bildung
- nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilität
- gute Voraussetzungen für Unternehmen und eine starke Wirtschaft
- eine interessante und lebendige Kultur

Für Osnabrück ist es unerlässlich, dass neue Ideen und Konzepte für bezahlbaren Wohnraum entwickelt werden. Die SPD setzt sich dafür ein, bedarfsgerechtes Wohnen für unterschiedliche Lebenskonzepte zu fördern, z.B. durch Gründung einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft.

Osnabrück als Hochschul- und Ausbildungsstandort hat sich in den letzten Jahren rasant entwickelt. Diesen Schwung wollen wir beibehalten und fortsetzen. Junge Menschen bereichern unsere Stadt und schaffen mit neuen und kreativen Ideen die Arbeitsplätze der Zukunft.

Eine Stadt mit diesen Möglichkeiten braucht eine lebendige Innenstadt, die für uns Osnabrückerinnen und Osnabrücker, für unser Umland und für unsere vielen Gäste anziehend und einladend ist. Dazu gehören für uns der autofreie Neumarkt und ein attraktives Einkaufszentrum in diesem Bereich und damit endlich wieder die Anbindung der Johannisstraße an die Innenstadt. Der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und die Verbesserung des Radverkehrsnetzes werden von uns dabei ebenso unterstützt, wie die Erreichbarkeit der Innenstadt mit dem Auto.

Die SPD setzt sich für den weiteren Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder und Jugendliche ein. Krippen-, Kita- und Hortplätze mit flexiblen Öffnungszeiten sind vor allem für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in ausreichendem Maße vorzuhalten. Dabei bleibt die Abschaffung der Gebühren das Ziel der SPD. Auf dem Weg dorthin sind einkommensabhängige Gebühren sozial verträglich, gerecht und solidarisch.

Wir Osnabrückerinnen und Osnabrücker werden unserem Ruf als Friedensstadt gerecht und setzen uns wirkungsvoll für ein friedliches Zusammenleben ein. Wir präsentieren uns als Europäerinnen und Europäer im besten Sinne: offen, gastfreundlich und an Neuem interessiert. Seit über 70 Jahren dürfen wir ohne Krieg,

Leid und Verfolgung leben. Auch deshalb ist es unsere Aufgabe, den Menschen, die zu uns flüchten und die bei uns bleiben wollen, die Eingliederung in unsere Gesellschaft zu ermöglichen. Wir heißen sie, wie jeden anderen Menschen auch, als Neubürgerinnen und Neubürger in unserer Stadt willkommen und wollen friedlich mit ihnen zusammenleben!



Antje Schulte-Schoh

Vorsitzende der SPD Osnabrück

Frank Henning

Mitglied des Landtages, Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion Osnabrück

**AM
11. SEPTEMBER
SPD
WÄHLEN!**

WOHNEN

SOZIAL UND BEZAHLBAR

Bis zum Jahr 2020 wird es in Osnabrück rund 3.000 Wohnungen in unterschiedlicher Bauweise mehr geben. Deshalb hat es für uns Priorität, neue Ideen und Konzepte für bezahlbaren Wohnraum und sozialen Wohnungsbau in der Stadt zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, Wohnen zu fördern, dass sich an den Bedürfnissen und den unterschiedlichen Lebenskonzepten der Menschen orientiert. Angesichts des demografischen Wandels wollen wir auch für eine seniorengerechtere Stadt sorgen. Wir treten für eine sozial gerechte, barrierefreie, ökologische, ökonomische und energieeffiziente Wohnbauweise ein.

Dieses nachhaltige Bauen bei hoher und bezahlbarer Qualität soll durch folgende Maßnahmen unterstützt werden:

- Wohnungsbaugenossenschaft / Wohnungsbaugesellschaft neu gründen
- neue Wohnflächen ausweisen
- Wohnungen im städtischen Bestand umgestalten
- Geschosswohnungsbau sowohl bei Bestands- als auch bei Neubauten fördern
- Konzepte für Mehr-Generationen-Wohnen fördern
- eine am Gemeinwohl orientierte Wohnungswirtschaft wiederbeleben
- genossenschaftliches Handeln von Bauherren-Wohngemeinschaften fördern

Das Handlungsprogramm „Bezahlbarer Wohnraum“ und die energetische Sanierung von Wohnungen sind die wesentlichen Zielvorstellungen, die die Stadtentwicklung in dieser Hinsicht bestimmen müssen:

- Priorität von Flächenrecycling, Bauen in zweiter Reihe, sog. Nachverdichtung, Mehrfamilienhäuser aufstocken
- Schwerpunkte im Geschosswohnungsbau beim Ausweis neuer Baugebiete neben Einzel- und Reihenhausbau setzen
- Mietpreisbremse und Förderung von Wohnraum
- energetische Sanierung von Wohnhäusern im vorhandenen Bestand
- Programm „soziale Stadt“ im Schinkel
- Projekte „Leben und Wohnen im Alter“

Viele Menschen kommen aus unterschiedlichen Gründen in relativer kurzer Zeit zu uns, um hier eine Heimat zu finden. Das ist eine große Herausforderung für Osnabrück – aber wir haben uns bisher mit der Bewältigung dieser Aufgabe überregional großes Ansehen erworben. Auf der Basis des „Osnabrücker Flüchtlingskonzepts“ sollen auch in Zukunft Flüchtlinge dezentral untergebracht werden.

Das ehrenamtliche Engagement und Angebote zur Integration sollen weiter gefördert werden.

Flüchtlinge sollen unterstützt werden, wenn sie eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen.

Menschen aus allen Generationen leben in Osnabrück zusammen, deshalb ist es unser Ziel, Generationen zu verbinden und den Bedürfnissen aller Lebensphasen Rechnung zu tragen. Stadtteilarbeit und verschiedene soziale Projekte bringen Seniorinnen und Senioren zusammen, helfen gegen die Einsamkeit im Alter und sollen deshalb stärker gefördert werden.

Wir setzen uns für den Erhalt von Einkaufs- und Versorgungsmöglichkeiten in den einzelnen Stadtteilen ein. Außerdem ist es für uns wichtig, dass für den alltäglichen Bedarf etwa Einzelhandelsgeschäfte und Banken oder Arzt- und Gesundheitspraxen zu Fuß zu erreichen sind. Auch der ÖPNV sollte flächendeckend vorhanden sein.

Um Menschen mit Einschränkungen eine Teilhabe am sozialen Leben zu ermöglichen, ist es notwendig, die Inklusion in die Stadtgesellschaft weiter fortzuführen. Ein fester Wohnsitz ist für viele wohnungslose Menschen der entscheidende Schritt zurück in eine Beschäftigung und in ein selbstbestimmtes Leben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass dieser Schritt für Menschen in Osnabrück auch in Zukunft möglich ist.

GENERATIONEN VERBINDEN, TEILHABE ERMÖGLICHEN

GUTE ARBEITS- BEDINGUNGEN SICHERE ARBEITSPLÄTZE, STARKE WIRTSCHAFT

Osnabrück ist für Unternehmen ein attraktiver Standort in zentraler Lage mit guten Verkehrsverbindungen, wie das Wirtschaftswachstum der vergangenen Jahre zeigt. Osnabrück ist heute eine Stadt mit großen Industrieunternehmen wie VW, KMW oder Schoeller. Wir haben in unserer Stadt einen starken und vielfältigen Dienstleistungssektor. Ergänzt wird das Spektrum durch viele kleine und mittlere Unternehmen, dem Handwerk und dem Einzelhandel, für den Osnabrück ein bedeutendes Zentrum ist. Ebenso wichtig sind die Hochschulen für die Stadt.

Die SPD Osnabrück steht für eine aktive und strategische Wirtschaftspolitik. Wir wollen im steten Dialog mit den Partnerinnen und Partnern in Unternehmen, Verbänden und Gewerkschaften die Standortbedingungen für die Wirtschaft in unserer Stadt verbessern – zum Wohle der Menschen. Wir bekennen uns zu einer Wirtschaftspolitik, die gute Arbeit im ersten Arbeitsmarkt schafft und sichert. Die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sind uns dabei nicht gleichgültig. Wir wollen faire Löhne, faire Arbeitsbedingungen und faire Arbeitsmarktchancen für alle, denn gute Arbeit ist der beste Schutz vor Armut. Deshalb setzen wir auf eine starke Wirtschaft.

Diese Ziele wollen wir vor Ort mit den Mitteln der Kommunalpolitik durchsetzen. Die Kommunalpolitik gestaltet dafür die wesentlichen Rahmenbedingungen. Folgende Punkte sind uns dabei wichtig:

- die Verkehrsinfrastruktur ausbauen – wobei wir ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept favorisieren
- zusätzliche Gewerbeflächen bereitstellen
- den Hafen und das Güterverkehrszentrum stärken
- eine wirtschaftsfreundliche Verwaltung und schnelle Genehmigungsverfahren
- eine möglichst angemessene Steuer- und Abgabenquote
- die digitale Infrastruktur ausbauen.

Wirtschaftspolitik aus unserer sozialdemokratischen Sicht betont gleichberechtigt die „weichen“ Standortfaktoren:

- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch ein größeres Angebot an Kita-, Krippen- und Hortplätzen
- intakte Flächen für die Naherholung
- attraktive Baugebiete in den „grünen“ Stadtrandgebieten
- bezahlbare Wohnungen für Alle.

Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik sucht den sozialen Ausgleich. Wirtschafts- und Investitionsfreundlichkeit sowie soziale Gerechtigkeit bedingen einander.

Die Stadt Osnabrück muss auch für junge Generationen in Zukunft sichere Arbeitsplätze und

berufliche Perspektiven im öffentlichen Dienst bieten.

Daher spricht sich die SPD dagegen aus, öffentliche Dienstleistungen zunehmend über Projekte zu steuern oder über sachgrundlose Befristungen zu organisieren.

Wir setzen uns ein:

- für die Tariftreue und den Mindestlohn
- für den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
- für eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen bei der Stadtverwaltung und bei den Osnabrücker Betrieben
- für die Unterstützung bei der Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung für alle – ohne Ausnahmen
- gegen sachgrundlose Befristungen nach Teilzeitbefristungsgesetz im öffentlichen Dienst
- gegen Dumpinglöhne
- gegen den weiteren Anstieg von Leiharbeit

Gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Betriebs- und Personalräten wollen wir die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schützen und ihre Arbeitsplätze erhalten.

Folgende Schwerpunkte sind uns wichtig:

Die Bevölkerung mit bezahlbarer und sauberer Energie zu versorgen, den hohen Standard im ÖPNV zu sichern, die Schwimmbäder und die Müllentsorgung zu unterhalten – die Stabilität der Gebühren dürfen wir nicht allein der Privatwirtschaft überlassen.

Kommunen müssen sich im Interesse der Allgemeinheit zukünftig auch stärker wirtschaftlich betätigen.

Die Initiative der Landesregierung, eine kommunal-freundliche Regelung im Gesetz festzuschreiben, wird von uns ausdrücklich begrüßt.

Die Stadt soll die Reinigung der eigenen Gebäude weiterhin selbst übernehmen, wenn diese mit Hilfe städtischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kostengünstiger ist als die Fremdvergabe.

Der Verkauf von Anteilen an den Stadtwerken, am Klinikum, an der OPG, an der Sparkasse oder eine Privatisierung des Abfallwirtschaftsbetriebs wird von uns strikt abgelehnt.

Eine serviceorientierte Wirtschaftsförderung, die Anfragen und Anliegen von Unternehmen auch zukünftig unbürokratisch und schnell erledigt. Fachübergreifende Projektgruppen von Wirtschaftsförderung Osnabrück (WFO) und Bauverwaltung sollen für eine schnelle Umsetzung von Vorhaben sorgen.

Osnabrück als bedeutenden Industriestandort absichern durch engeren Kontakt der Wirtschaftsförderung zu den Unternehmen, aktives und enges Vernetzen mit den Hochschulen und die Bindung von Fachkräften.

Innovative Unternehmen, Existenzgründungen und die örtliche Kreativwirtschaft stärker unterstützen. Den städtischen und insbesondere den innerstädtischen Einzelhandel sichern und stärken. Angesichts der Herausforderungen durch den Online-Handel und die Folgen für den Einzelhandel insgesamt und die Entwicklung der Innenstadt im Besonderen benötigen wir eine gemeinsame Strategie von Politik und Verwaltung mit den Organisationen der Wirtschaft.

Osnabrück als starken Dienstleistungsstandort weiter ausbauen. Rund drei Viertel der Wertschöpfung und der Arbeitsplätze entfallen auf den Dienstleistungssektor, einschließlich Hochschulen und Verwaltung. Eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre ist es daher, ausreichend Fachkräfte in Osnabrück auszubilden und für unsere Stadt zu gewinnen.

Die Zusammenarbeit mit den Hochschulen und dem Studentenwerk intensivieren. Osnabrück hat als Standort für Hochschulen und Wissenschaft eine erhebliche Bedeutung, wenn es darum geht, junge Fachkräfte zu gewinnen. Die beiden Hochschulen in Osnabrück mit insgesamt 25.000 Studierenden bilden gleichzeitig einen der größten Arbeitgeber in der Stadt mit etwa 2.500 Beschäftigten. Projekte wie das Wissenschaftskolleg am Ledenhof, die Nutzung der Muesenburg für Hochschulzwecke sowie der Bau des Studierendenzentrums im Schlossgarten werden von uns unterstützt.

Kleine und mittelständische Unternehmen sowie das örtliche Handwerk stärken. Die überwiegende Anzahl der Arbeitsplätze in Osnabrück entfällt auf die kleinen und mittleren Unternehmen. Wir wollen in enger Kooperation mit der IHK, der Handwerkskammer und den Gewerkschaften eine Politik machen, die vor allem diese Unternehmen stärkt. Die Nahversorgung und kleinere Betriebe in den Stadtteilen sollen unterstützt werden. Dazu gehört, Aufträge von Stadt und Stadtwerken bewusst an die Unternehmen in Stadt und Region zu vergeben. Unser Ziel ist es, dass auch in Zukunft rund drei Viertel des städtischen Auftragsvolumens im Wettbewerb in der Stadt und in der Region verbleiben. Damit wollen wir die Wertschöpfung und die Arbeitsplätze in der Region sichern.

Das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs als kleinteiliges Gewerbegebiet entwickeln. Wohnungen, großflächiger Einzelhandel, Bildungseinrichtungen oder überdimensionierte Gemeindezentren lehnen wir ab. Wenn es für die weitere Entwicklung des Bereichs als Gewerbegebiet erforderlich und möglich ist, soll die Stadt aus strategischen Gründen weitere Grundstücke erwerben, im Interesse einer geordneten Stadtentwicklung „aus einem Guss“.

Der Bau eines offenen Einkaufszentrums am Neumarkt und in der Johannisstraße mit bis zu 21.000 Quadratmetern Verkaufsfläche sowie die Bebauung der Fläche vor dem Kaufhaus von H&M sollen den Standort für den Einzelhandel stärken. Damit der Aufenthalt am Neumarkt mehr Qualität erhält, wird er im Interesse der Bürgerinnen und Bürger auf Dauer für den Durchgangsverkehr gesperrt. Das dient auch den 40.000 Buskunden, die den Neumarkt täglich benutzen.

STRATEGISCHE STADTENTWICKLUNG AUS EINEM GUSS

STADTENTWICKLUNG UND STADTPLANUNG ATTRAKTIV UND LEBENSWEIT

An der Entwicklung der Stadt ist ablesbar, ob sich eine Stadt als solidarische Gemeinschaft entwickelt oder sich eine öffnende Schere zwischen Arm und Reich zeigt – sichtbar auch im Stadtbild. In unserer Stadtentwicklungspolitik sind wir deshalb bemüht, den Zusammenhalt der kommunalen Gemeinschaft zu fördern und allen Tendenzen entgegenzuwirken, die zu einem Auseinanderdriften der Bevölkerungsgruppen und -schichten führen.

Darum ist es uns ein wichtiges Anliegen, die einzelnen Stadtteile und Wohnquartiere möglichst gleichwertig auszugestalten. Die sozialdemokratischen Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sollen in der Ausstattung und Entwicklung der Stadtteile ablesbar sein.

Dabei sind wir sehr daran interessiert, dass Bürgerinnen und Bürger sich in diesen Prozess einbringen und an der bestmöglichen Ausgestaltung der kommunalen Gemeinschaft mitwirken.

Folgende Ziele stehen dabei im Mittelpunkt:

- eine attraktive und lebenswerte Stadt für Familien, Kinder und Senioren
- eine vielfältige soziale Infrastruktur mit Kindergärten, Schulen, Universität, Fachhochschule, Kulturangeboten, Sporteinrichtungen und Freizeitangeboten
- ein vielfältiger und leistungsstarker Wirtschafts- und Dienstleistungsstandort mit besonderen städteplanerischen Akzenten
- gute Rahmenbedingungen für eine intakte Umwelt auch im innerstädtischen Bereich.

Wir sind überzeugt, dass wir auf dieser Basis zusammen als Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern Osnabrücks die Probleme des demografischen Wandels, der Integration von Menschen aus anderen Kulturbereichen, der Inklusion von Menschen mit Behinderungen und von gesellschaftlichen Minderheiten durch wirksame Maßnahmen erfolgreich bewältigen können.

Folgende Ziele und konkrete Maßnahmen bestimmen unsere Arbeit im Rat der Stadt Osnabrück mittelfristig und für die kommende Legislaturperiode:

Gesamtstädtisches Mobilitätskonzept

Die SPD tritt für ein gesamtstädtisches Mobilitätskonzept für Osnabrück ein. Unsere Stadt muss vom Verkehr insgesamt entlastet werden. Die Anforderungen an das Mobilitätssystem unserer Stadt wandeln sich: die Zahl der zugelassenen PKW steigt leider immer noch, die Ansprüche an den ÖPNV wachsen, die Zahl der Pendler und Radfahrer nimmt zu.

Aus diesem Grund machen wir uns als SPD seit Jahren für ein ganzheitliches Verkehrskonzept stark, welches alle Mobilitätsansprüche der heutigen Zeit berücksichtigt, aber auch den Erwartungen an Nachhaltigkeit und dem Masterplan „100 % Klimaschutz“ gerecht wird.

Bei unseren Anstrengungen für eine Verkehrswende in Osnabrück, für mehr Bahn-, Bus-, Rad- und Fußgängerverkehr, darf nicht übersehen werden, dass unser Straßennetz erhebliche Mängel hat. Den Neumarkt für den Individualverkehr zu sperren, ist allein schon aus Schadstoff- und Lärmaspekten notwendig. Die Gesundheit von uns allen liegt uns am Herzen und wir arbeiten dafür, dass der Lärm weniger und die Luft zum Atmen besser wird.

Verkehrszählungen der letzten Monate belegen: Der Verkehr auf dem Wall funktioniert akzeptabel, trotz der Einschränkungen außerhalb der Spitzenstunden. Haupteinfallstraßen wie die Martinstraße werden entlastet, alle Parkhäuser der Stadt sind gut zu erreichen und werden auch intensiv genutzt.

Verkehrspolitik für die Zukunft muss weitsichtige Ziele formulieren und sich am Gemeinwohl aller orientieren. Entscheidende Prämisse für die SPD ist dabei, den gesamten Verkehr zu verringern, welches vor allem für LKW gilt: Durchfahrten sollen nicht mehr möglich sein, Verkehr aus der Stadt heraus und in die Stadt hinein soll so weit wie möglich reduziert werden. Um hochbelastete Wohn-, Stern- und Ringstraßen (etwa den Wallring) vor allem von Schwerlastverkehr zu befreien, benötigt Osnabrück ein ganzheitliches Mobilitätskonzept, welches es ermöglicht, die Innenstadt und die Wohngebiete zu umfahren.

Um durchzusetzen, dass keine LKW mehr durch das Stadtgebiet fahren dürfen, sind alternative Routen und Strecken notwendig. Der Lückenschluss A33-Nord (höchste Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen müssen dabei unbedingt eingehalten werden) macht das Umfahren möglich und dient als Ausweichroute bei Verkehrsstörungen auf der A1 und A30.

Um Osnabrück noch stärker vom Verkehr zu entlasten, muss auch im Westen der Stadt mit Anschluss an die A33 im Osten eine Möglichkeit geschaffen werden, die Innenstadt zu umfahren (Anschluss der Römeresstraße über Vehrter Landstraße an die Anschlussstelle Belm der A33). Das ist ein weiterer wichtiger Baustein in der Verkehrspolitik, von dem alle Osnabrückerinnen und Osnabrücker profitieren.

Im Ergebnis der Bürgerbefragung zur Entlastungsstraße West kam der Wunsch nach einem alternativen Verkehrskonzept zum Ausdruck, nach einem „Plan B“ ohne den Bau der Entlastungsstraße West.

Deshalb haben sich Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit der Politik in vielen Sitzungen und Runden Tischen vor Ort engagiert, um eine Lösung für die Verkehrsprobleme herbeizuführen. Das Ergebnis stellt uns aber nicht zufrieden, da mit dem erarbeiteten „Verkehrskonzept Westerberg“ nur Teile des Westerbergs entlastet werden, der Verkehr verdrängt wird und andere Stadtteile die Lasten dieser Entwicklung zu tragen hätten. Die gesamte Stadt hätte von dieser zu erwartenden Situation nichts.

Ökologische Stadt

Die Stadtentwicklung muss sicherstellen, dass der städtische Raum auch in ökologischer Hinsicht lebens-

wertiger Bereich für Bürgerinnen, Bürger und Gäste bleibt. Der gesamte städtische Raum, ob im privaten oder kommunalen Eigentum, dient immer auch der Gemeinschaft. Deshalb:

- die „grünen Finger“ sichern
- die ökologische Bauleitplanung weiterentwickeln
- den Natur- und Landschaftspark Piesberg weiterentwickeln
- den Lärmschutz und die Qualität der Luft verbessern
- die Sport- und Freizeitflächen erhalten
- die Naherholungsgebiete „Rubbenbruchsee“ und „Schinkelberg“ schützen und weiterentwickeln.

Kommunale Gemeinschaft

Alle vorgestellten Ziele und Maßnahmen dienen in erster Linie den Bürgerinnen und Bürgern Osnabrücks, die wir als „kommunale Gemeinschaft“ verstehen. Diese Gemeinschaft ist nur dann stark, wenn die Kommune stark ist. Dies setzt voraus, dass wir neben einer finanziell guten Ausstattung auch eine sachlich gute Ausstattung haben. Deshalb:

- kein Verkauf öffentlicher Flächen ohne dringende Notwendigkeit
- die Planungshoheit konsequent zu Gunsten der Gemeinschaft nutzen, insbesondere hinter dem Hauptbahnhof in Richtung Stadtteil Schinkel
- kein Verkauf der bestehenden städtischen Gesellschaften
- die Steuerungselemente der städtischen Gesellschaften stärken, um die Versorgung der kommunalen Gemeinschaft zu sichern.

Gerade im Bereich der Stadtplanung und Stadtentwicklung besteht die Möglichkeit, dem um sich greifenden egoistischen Denken und Handeln Schranken zu Gunsten der Gemeinschaft aufzuweisen. Die Freiheit jedes Einzelnen hat ihre Grundlage in einer starken Gemeinschaft – in der Familie, im Stadtteil, sowohl in der Kommune als auch auf Landes- und Bundesebene.

MOBILITÄT

UMWELTFREUNDLICH

GESTALTEN

Wir verfolgen konsequent das Ziel, dass die Innenstadt und die Wohn- und Arbeitsquartiere immer und gut zu erreichen sind. Dabei berücksichtigen wir insbesondere die unterschiedlichen Bedürfnisse im Bereich der Mobilität: Alle Bevölkerungsgruppen sollen zu angemessenen, sozialverträglichen Preisen mobil sein können. Ein Augenmerk richten wir darauf, die Unfallgefahren zu mindern.

Eine Verkehrspolitik ist also notwendig, die einerseits die Mobilität der Bevölkerung gewährleistet, andererseits aber auch die Menschen sowie die natürliche Umwelt vor den Gefahren und Auswirkungen des Straßenverkehrs schützt.

Wir setzen uns für ein ganzheitliches Verkehrskonzept ein, das den Mobilitätsansprüchen aller Menschen gerecht wird und gleichzeitig nachhaltig ist. Wir setzen unsere Bemühungen fort, den Umstieg vom Auto durch attraktive Angebote im Radverkehrsnetz, im ÖPNV und Schienenverkehr zu erleichtern. Im Mittelpunkt unserer Verkehrspolitik der kommenden Jahre steht die Umsetzung der Maßnahmen aus dem beschlossenen „Masterplan Mobilität“. Dabei geht es um folgende Schwerpunkte:

ÖPNV stärken

Der vorhandene ÖPNV soll zu einem modernen und auf Elektromobilität basierenden Nahverkehrssystem werden, das auch für Berufspendler attraktiv ist. Dafür ist die Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Stadt zu intensivieren, der Umweltverbund zu stärken. Moderne Mobilitätspunkte sollen eingerichtet werden, voranzutreiben ist auch, dass die Bahnhöfe besser erreicht werden können.

Transparente Tarifstrukturen, gut geschultes und freundliches Personal ermöglichen eine höhere Akzeptanz des ÖPNV. Wir fordern ein Sozialticket, um auch Menschen mit geringem Einkommen zu ermöglichen, mobil zu sein.

Radverkehr fördern

Damit das Fahrrad stärker im Alltag und in der Freizeit genutzt wird, muss der Radverkehrsplan erweitert und umgesetzt werden. Dazu gehören neue Fahrrad-schnellstraßen, wobei hier die Verkehrssicherheit für Radfahrer besonders berücksichtigt werden muss.

Wir benötigen mehr Möglichkeiten, in der Innenstadt, in innenstadtnahen Wohngebieten, bei Neubauten

von Supermärkten etc. Fahrräder zum Teil auch geschützt (zum Beispiel überdacht) abstellen zu können.

Am Hauptbahnhof soll ein nachhaltiges Konzept das Radparken verbessern, dazu gehört auch, die Fahrradstation am Hauptbahnhof zu erweitern.

Innenstadt entlasten

Ein neues urbanes Stadtzentrum mit hoher Lebens- und Aufenthaltsqualität wird durch die Sperrung des Neumarkts für den individuellen Verkehr ermöglicht. Dazu gehört eine Neuordnung der Taxisstände dort und am Hauptbahnhof.

Die Parkhäuser, Stellflächen und Parkplätze der Stadt sollen so gesteuert und bewirtschaftet werden, dass deren Auslastung sich verbessert und weniger Probleme (etwa durch besetzte Parkhäuser, Staus etc.) entstehen, wenn Parkplätze gesucht werden.

Um den Verkehr in der Johannis- und Hasestraße nachhaltig zu entlasten, müssen auch Buslinien zum Teil neu geordnet werden.

Verkehrsfluss und Umweltsituation verbessern

Um den Verkehrsfluss für alle zu verbessern, vor allem, wenn der Verkehr am stärksten ist, soll die Ampelsteuerung optimiert werden.

Kohlenstoffdioxid, Stickstoffdioxid und Feinstaub müssen dringend verringert werden: Hierzu werden wir die Bürgerinnen und Bürger durch Einsatz von Runden Tischen nach dem Beispiel des Verkehrskonzepts Westerberg auch in anderen Stadtteilen (Eversburg-Dodesheide, Schinkel-Lüstringen-Voxtrup, Schölerberg-

Neustadt-Wüste) beteiligen. Diese Ergebnisse werden Grundlage für ein gesamtstädtisches Verkehrskonzept sein.

Durch Car-Sharing-Angebote wie das Stadtteilauto erhalten wir mehr Vielfalt in der Mobilität.

ENERGIEWENDE UND KLIMASCHUTZ

FÜR EINE HÖHERE LEBENSQUALITÄT

Wir stehen für eine Umwelt- und Energiepolitik, die durch wirksamen Klima- und Umweltschutz sowie den Erhalt von Angeboten für die Naherholung unsere Lebensqualität verbessert. Die konkreten Maßnahmen, die zu einer kommunalen Energiewende führen, verstehen wir als Schlüssel dafür, die Stadtgesellschaft weiterzuentwickeln und die Zukunft zu sichern.

Der Prozess einer nachhaltigen Stadtentwicklung wird daher in der Zukunft in Gestalt konkreter Projekte im Rahmen des „Masterplan 100 % Klimaschutz“ weitergeführt. Den erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz und dem Einsparen von Energie kommt dabei zentrale Bedeutung zu.

Die Umsetzung einer kommunalen Energiewende soll wesentlich dazu beitragen, die privaten Haushalte bei steigenden Energiepreisen zu entlasten und diese sozial verträglich zu gestalten. In diesem Sinne stehen für uns die folgenden Schwerpunkte im Vordergrund:

Stadtwerke als Partner der Energiewende

Die Stadtwerke werden in ihrer Initiative Mobilität 2020 unterstützt, um mehr Elektromobilität zu erreichen. Wir wollen die Weiterentwicklung zu einer modernen Energieagentur für die Region Osnabrück, die auch den Wärmemarkt und Energiespeicher berücksichtigt, und wir möchten Investitionen in den Ausbau und die Speicherung der regenerativen Energien. Der Anteil der Atomenergie am Strommix der Stadtwerke wird schnellstmöglich auf Null gesetzt, fossile Energiequellen mit hohem CO₂-Ausstoß werden konsequent zurückgefahren.

Lokale Energiewende aktiv gestalten

- Das gesellschaftliche und genossenschaftliche Engagement im Energiebereich wird unterstützt, ebenso werden Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften bei Strom und Wärme gefördert.
- Verstärkte Kooperation mit dem Landkreis bei der Suche nach Windenergiestandorten.
- Aktivitäten zur Energieeinsparung im Bereich Wärme und Strom werden aktiv unterstützt.
- Förderung von Photovoltaik, Stromspeichern und Solarthermie durch die Stadt.
- Anerkennung und Unterstützung aller Akteure im Bereich der Energieberatung, Ausbau des Quartiersmanagements im Wärme- und Strombereich.
- Unterstützung beim Ausbau der Kraft/Wärme-

Kopplung in der Stadt, aber auch gemeinsam mit dem Landkreis.

- Beim Ausbau der sog. „intelligenten Netze“ darf der Datenschutz nicht vergessen werden.
- Unterstützung bei Dachsanierungen privater Wohnhäuser, die in Zukunft immer mit der Installation von Solarmodulen (Photovoltaik, Thermie) einhergehen soll.

Energieeffizienz und Umweltschutz

- Bau öffentlicher Gebäude nur noch im Passivhausstandard und – wo möglich – unter Einsatz von Eigenenergieerzeugungssystemen. Die energetische Sanierung der öffentlichen Gebäude fortsetzen.
- Weiterentwicklung der ökologischen Bauleitplanung, u. a. Förderung des Passivhausstandards sowie des Plusenergie-Standards.
- Die Möglichkeit von Dachbegrünung und/oder Energieerzeugung zum Eigenverbrauch als Grundsatz/Standard ist in die Bauleitplanung einzubeziehen, insbesondere im öffentlichen und gewerblichen Bereich.
- Umsetzung der Maßnahmen des „Masterplan % Klimaschutz“.
- Effektiven Baumschutz schaffen, Programme wie „Baumpaten“ ausweiten.
- Die Initiative „Friedensgärten“ unterstützen.
- Schutz der „Grünen Finger“, Ausbau des Naherholungsgebiets Rubbenbruchsee.
- Weiterentwicklung des Natur- und Landschaftsparks Piesberg.
- Erhalt von Grünstrukturen und Grünverbindungen als aktiver Beitrag zum Klimaschutz.

- Die Gründung von Bürgerenergiegemeinschaften fördern
- Pfandringe an den Mülleimern in Osnabrück anbringen.
- Den Gebrauch von Einwegtüten eindämmen, recycelbare Tüten fördern.

BILDUNG

UMFASSEND, FAIR UND GERECHT

Wir setzen uns für eine umfassende, faire und gerechte Bildung in Osnabrück ein. Diese sehen wir als Voraussetzung dafür an, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ihre Lebenspläne zu entwickeln und umzusetzen, so unterschiedlich sie auch sind. Denn es ist normal, verschieden zu sein. Deshalb ist für uns klar: Jedes Kind muss den Bildungsabschluss erreichen können, der seinen individuellen Möglichkeiten und Fähigkeiten entspricht.

Bis zum Jahr 2020 soll die Stadt um 3.000 Wohnungen und damit viele junge Familien wachsen. Deshalb müssen wir unser Schulangebot rechtzeitig darauf ausrichten. Diese Herausforderungen werden wir im Dialog mit den bildungspolitisch Handelnden (u. a. Stadtelternrat, Schüler und Schulen) in der Stadt annehmen.

Für diese Ziele setzen wir uns ein:

Die bestehenden Schulgebäude auf der Grundlage des Schulsanierungsplans sanieren, um den Schülerinnen und Schülern ein intaktes und anregendes Lernumfeld zu geben.

Das Raumangebot der Osnabrücker Schulen an den wachsenden Bedarf anpassen: Die Rückkehr zum Abitur von acht nach neun Jahren und die geplante wachsende Bevölkerungszahl in Osnabrück erfordern größere Raumkapazitäten. Dabei gilt für uns die Formel: „Kurze Wege für kurze Beine“.

Welche Ressourcen wo eingesetzt werden, soll sich an Sozialräumen orientieren. Der Einsatz von Schulsozialarbeiterinnen und -arbeitern, von Aktiven im „Freiwilligen Sozialen Jahr“ oder im „Bundesfreiwilligendienst“ und von Integrationshelferinnen und -helfern in multiprofessionellen Teams wird dem Bedarf angepasst und den Möglichkeiten der Stadt entsprechend ausgeweitet. Die Kooperation mit Vereinen, Organisationen und Initiativen wird aktiv unterstützt.

Die vielfältige Schullandschaft in Osnabrück wird gestärkt. Der Prozess der Inklusion an unseren Schulen soll im Dialog mit allen Beteiligten (u. a. dem „Netzwerk Inklusion“) fortgesetzt werden. Dem jeweiligen Bedarf entsprechend werden die Osnabrücker Schulen barrierefrei umgestaltet. Integrierende Schulangebote werden aktiv unterstützt.

Das Ganztagsangebot soll ausgebaut werden. Schulen werden auf dem Weg zur Ganztagschule unterstützt, um allen Familien die Möglichkeit zu geben, Schule und Beruf miteinander zu vereinbaren.

Das vorhandene Angebot an Gesamtschulplätzen soll entsprechend den Wünschen der Eltern und dem wachsenden Bedarf durch junge Familien angepasst werden, die nach Osnabrück kommen. Wir setzen uns für eine dritte Gesamtschule in Osnabrück ein.

Vorleben einer Willkommenskultur: Das Menschen aus anderen Sprachräumen und Kulturen, etwa Flüchtlinge, zu uns kommen, erfordert Flexibilität – Sprachlernklassen werden weiterhin überall dort eingerichtet, wo dies erforderlich und möglich ist. Schulbudgets werden wir flexibel an besondere Problemlagen anpassen.

Die Zusammenarbeit der vielen Beratungsmöglichkeiten im Schul- und Ausbildungsbereich und die Vernetzung der Schulen mit Ausbildungsbetrieben, um die Übergänge Schule-Ausbildung bzw. Schule-Beruf zu gestalten, müssen gefördert und verbessert werden.

Die Bedeutung der Berufsbildenden Schulen muss dabei besser wahrgenommen und ihre Rolle als regionale Kompetenzträger muss gestärkt werden.

Für Migrantinnen und Migranten sind Sprachfähigkeiten häufig die elementare Hürde für die Integration in den Arbeitsmarkt. Dies gilt insbesondere für Akademiker, deren Berufsfelder häufig höhere sprachliche Fähigkeiten im Bereich B2/C1 GER erfordern. Ohne entsprechende Förderung geht dieses Bildungskapital für die Stadt Osnabrück und ihre Unternehmen verloren. Wir setzen uns dafür ein, eine Sprachförderung über das Niveau B1 GER hinaus durch die Stadt Osnabrück zu fördern. Als Beispiel kann hier das Projekt „Hochschulzugang für Flüchtlinge“ des Bildungsbüros Osnabrück gelten.

Geprüft werden soll, ob ein plurales Bildungsangebot für Erwachsene möglich ist.

HAUSHALTS- UND FINANZPOLITIK *HANDLUNGSSICHERHEIT GEWÄHRLEISTEN*

Die Verschuldung Osnabrücks hat, wie in zahlreichen anderen Kommunen in Niedersachsen, erheblich zugenommen und inzwischen ein bedrohliches Ausmaß erreicht. Während Städte und Gemeinden sowie die öffentlichen Haushalte der Länder immer ärmer werden, nimmt der private Reichtum in den Händen weniger immer mehr zu. Während Straßen und Schulen sowie die öffentliche Infrastruktur immer schwieriger zu finanzieren sind, geht die Schere zwischen Arm und Reich in Deutschland immer weiter auf. Aus unserer Sicht muss diesen Entwicklungen auf kommunaler Ebene und mit Mitteln des Bundes und des Landes entgegengewirkt werden.

Die Osnabrücker Finanzpolitik muss folgende Vorhaben weiterverfolgen:

- Sparbemühungen und Verstetigungen bei den freiwilligen Leistungen, aber auch bei den Pflichtaufgaben, die im Standard der Leistungserbringung beeinflussbar sind

- Verbesserung der Wirksamkeit von Verwaltungsabläufen
- Verbesserung der Einnahmesituation
- Die Investitionsfähigkeit der Stadt Osnabrück in die Zukunft ihrer Bürger muss gewährleistet sein. Ein konsolidierter Haushalt ist hierfür die notwendige Grundlage. Auf dem Weg dahin muss jedoch auch weiterhin der Spielraum für wichtige Investitionen und die Sicherung sozialer Infrastruktur gewahrt werden.

Für uns hat die Frage, wie Verwaltungsabläufe verbessert werden, vorrangige Bedeutung. Das Kostencontrolling der Stadtverwaltung ist zu verbessern. Die Effizienzstrategie muss Teil der Verwaltungsmodernisierung werden.

Als letztes Mittel, wenn alle Sporbemühungen ausgereizt und Verwaltungsabläufe kosteneffizienter gestaltet worden sind, müssen auch die kommunalen Einnahmen in einem sozial verträglichen Rahmen, etwa durch Steuern, in den Blick genommen werden. Eine Gewerbe- und Grundsteuererhöhung kann redlicher Weise in den nächsten fünf Jahren nicht ausgeschlossen werden.

Das Problem der unzureichenden Finanzausstattung unserer Stadt kann jedoch nicht allein auf kommunaler Ebene gelöst werden.

Wir fordern daher eine Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefinanzsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und eine Erhöhung der Zuweisung im kommunalen Finanzausgleich für Oberzentren.

Die Situation für die öffentlichen Haushalte wird sich ab 2020 noch einmal verschärfen, denn dann gilt die uneingeschränkte „Schuldenbremse“. Die Frage, wie das öffentliche Gemeinwesen in Zeiten der Schuldenbremse zu finanzieren ist, stellt sich auch in Osnabrück. Um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt Osnabrück sicherzustellen, ist eine Gemeindefinanzreform unerlässlich. Die schwankenden Einnahmen bei der Gewerbesteuer sind nicht planbar und stellen für die Kommunen ein erhebliches Problem dar.

Auch auf Landesebene gibt es erheblichen Reformbedarf. Die oberzentralen Funktionen der Ballungszentren werden vom kommunalen Finanzausgleich bisher nur unzureichend berücksichtigt: Wir finanzieren den ÖPNV für die Region, bezahlen unser kommunales Theater weitgehend allein, ohne dass der auch davon profitierende Landkreis sich nennenswert beteiligt. Ebenso haben wir erhebliche Probleme, im Bereich der freiwilligen Leistungen entsprechende Unterstützung vom Landkreis zu erhalten.

Hinzu kommt, dass das Oberzentrum Osnabrück hohe Transferleistungen an Geringverdiener zu leisten hat, weil wir eine schwierigere Sozialstruktur als der Landkreis und die Umlandgemeinden haben. Außerdem müssen wir zusätzliche oberzentrale Funktionen für die Region vorhalten und finanzieren. Hier ist eine Schieflage entstanden, die es in partnerschaftlichen Verhandlungen zu beseitigen gilt.

Diese offensichtlichen negativen Rahmenbedingungen für die Stadt Osnabrück gilt es in der Region, auf Landes- und Bundesebene im Sinne der Stadt Osnabrück zu thematisieren, um deutliche Verbesserungen voranzutreiben.

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT BÜNDELN UND VERNETZEN

Soziale Sicherheit und das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit gehören für uns untrennbar zusammen. Zentrales Ziel ist es deshalb, beide Seiten dieser Sicherheit auch im Rahmen der Kommunalpolitik zu gewährleisten.

Wir gehen dabei von folgenden Zielen aus:

Durchsetzen einer Sicherheitspolitik, die ihren Schwerpunkt mehr auf die vorbeugenden sicherheitspolitischen Maßnahmen als auf totale Überwachung setzt. Auf keinen Fall darf es zur „Einzäunung“ vermeintlich gefährdeter Areale (z. B. Grundschulen) führen.

Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Polizei weiterentwickeln. Ausdruck dafür sind unter anderem abgestimmte Präventionsprogramme wie das Busbegleiterprogramm, das Fußballfan-Projekt bis hin zu Ausbildungen zur Gewaltprävention an Schulen.

Die Arbeit und die Aufgaben der Stadt Osnabrück, der Polizei, der Justiz sowie von Vereinen und Verbänden in allen Arbeitsbereichen bündeln und vernetzen. Die

kommunale Kriminalprävention ist zielgerichtet weiterzuentwickeln. Der Kriminalpräventionsrat der Stadt Osnabrück ist zu stärken.

Die Zusammenarbeit zwischen OS-Team und Polizei intensivieren – schwerpunktmäßig auch im Bereich der Verkehrsüberwachung.

Den Brandschutz der Feuerwehr sowie die Rettungsdienste sach- und funktionsgerecht mit Material und Übungsflächen ausstatten.

Motivierte Freiwillige Feuerwehren sowie Jugendfeuerwehren fördern.

Nachhaltiger Katastrophenschutz angesichts der Anfälligkeit unserer modernen Infrastruktur in enger Zusammenarbeit mit der zuständigen Polizeibehörde.

Den Gesundheits- und Veterinärdienst von Stadt und Landkreis aufgabengerecht ausstatten.

Die Sicherheit von Frauen und Mädchen im öffentlichen und privaten Raum erhöhen.

Netzwerke gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Gewalt stärken.

ÖFFENTLICHE SICHERHEIT IST SOZIALE SICHERHEIT

GLEICHSTELLUNG

BESSERE CHANCEN

Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern! Voraussetzung für die faktische Gleichstellung von Frauen und Männern ist deren eigenständige Existenzsicherung.

Die bessere Chancengleichheit und die Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt, die Frauen und Männern realistisch gleiche Wahlmöglichkeiten eröffnen, sind daher unser übergeordnetes Ziel. Wir setzen uns für eine konsequente Gleichstellungspolitik über den gesamten Lebensverlauf hinweg ein. Ein erweiterter Blickwinkel, der die Geschlechterspektive bei allen Entscheidungen und Aktivitäten einbezieht, ist erforderlich.

Dazu verfolgen wir folgende Ziele:

Mehr Frauen für Führungsaufgaben

Der Konzern Stadt Osnabrück als öffentlicher Arbeitgeber ist gefordert, mit gutem Beispiel voranzugehen. Wir halten gleichstellungsfördernde Personalentwicklungskonzepte nicht nur in der Kernverwaltung, sondern in allen Tochtergesellschaften und Eigenbetrieben für unabdingbar.

Wir wollen verbindliche Strukturen für mehr Chancengleichheit in allen Tochtergesellschaften und Eigenbetrieben des Konzerns Stadt durch Gleichstellungspläne und konkrete Gleichstellungsmaßnahmen. Wir wollen mittelfristig mindestens 40

Prozent Frauen in allen Vorständen und Führungsebenen des Konzerns Stadt – entsprechend dem Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst.

Flexible und zuverlässige Kinderbetreuung

Die traditionelle Rollenverteilung der sorgenden Mutter und des berufstätigen Vaters schränkt alle ein – Frauen, die mehr arbeiten wollen und Männer, die sich mehr Verantwortung in der Familie wünschen. Damit Männer und Frauen frei und selbstbestimmt über ihre Zeit entscheiden können, braucht es Reformen sowohl in der Familien- als auch in der Arbeitsmarktpolitik. Eltern wollen flexiblere Plätze in der Kinderbetreuung. Dafür setzen wir uns ein.

Familienbewusste Arbeitszeiten

Teilzeit bedeutet meistens eine halbe Arbeitsstelle oder weniger. Das Gehalt dafür reicht in der Regel nicht für eine eigenständige Absicherung aus. Wir unterstützen deshalb eine umfangreichere Teilzeit (z. B. 30 Wochenstunden), die eine Existenzsicherung bei reduziertem Arbeitsumfang sichert, sowie qualifizierte Teilzeit, die Führungsfunktionen ermöglicht.

Wir unterstützen Teilzeitausbildung, um insbesondere jungen Frauen und Männern die Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie zu ermöglichen. Wir wollen, dass Zeiten der Erwerbstätigkeit und Zeiten für die Sorge in der Familie zuverlässig und flexibel geplant werden können, ebenso die Rückkehr auf eine Vollzeitstelle.

Vereinbarkeit von Ratsmandat und Familie

Politische Nachwuchsförderung beinhaltet eine verbesserte Vereinbarkeit von Ratstätigkeit und Familie für Frauen und Männer und die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen im Rat. Wir wollen für Ratsmitglieder, die familiäre Verpflichtungen haben, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für Kinder und zu pflegende Angehörige während der Rats- und Gremiensitzungen.

Null Toleranz bei Gewalt gegen Frauen

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist Grundbedingung, um alle Formen von Gewalt gegen Frauen einzudämmen. Solange wir das noch nicht erreicht haben, brauchen wir zuverlässigen und wirksamen Opferschutz. Wir wollen die weitere bedarfsgerechte und zuverlässige Finanzierung des Gewaltschutzes, barrierefreie Zugänge, sichere Räume für die Gewaltberatung und bezahlbaren Wohnraum für betroffene Frauen und ihre Kinder.

WIR SETZEN UNS EIN FÜR EINE KONSEQUENTE POLITIK DER GLEICHSTELLUNG

HOCHSCHUL- UND STADTENTWICKLUNG FÜR OSNABRÜCK VERBINDEN

Seit den 1970er Jahren hat sich Osnabrück als junger Hochschulstandort positiv entwickelt. Universität und Hochschule gehören heute zu den größten Arbeitgebern. Osnabrück ist ohne die Studierenden und die Beschäftigten in Wissenschaft, Lehre und Forschung nicht mehr denkbar. Aus Kasernen wurden Orte des Dialogs und der Diskussion. Die gesamte Wirtschaft hat hierdurch gewonnen und wird auch künftig vom Ausbau der Hochschulen profitieren. Das zeitgleich mit der Universität gegründete Studentenwerk mit inzwischen 340 Beschäftigten ist mit über 1,6 Millionen Essenausgaben pro Jahr einer der größten Gemeinschaftsverpfleger in der Region, und mit rund 2.000 günstigen Wohnplätzen insbesondere für finanziell schwache Studierende oder ausländische Studierende der größte Anbieter in Osnabrück für studentisches Wohnen.

Die weitere Entwicklung der Stadt wird neben der Industrie entscheidend durch das Umfeld der beiden Hochschulen mit ihren ergänzenden Einrichtungen geprägt. Hierzu gehört das Studentenwerk, das mit einer guten sozialen Infrastruktur zur Attraktivität des Hochschulstandorts beiträgt.

Mit fast 25.000 Studierenden an Universität und Hochschule Osnabrück nimmt dieser Wissens-Standort eine herausragende Rolle für die Entwicklung der Region ein. Sie sind nicht nur ein relevanter Wirtschaftsfaktor, neben den ca. 2500 Beschäftigten in den beiden Hochschulen, sie prägen vielmehr auch das kulturelle und gesellschaftliche Leben und damit die Attraktivität der Stadt.

Eine künftige Stadtentwicklung wird zugleich von der gesamten Entwicklung beider Hochschuleinrichtungen geprägt, die bereits heute eine notwendige Einheit bildet. Die weitere Stadtentwicklung muss der Verbindung Arbeit-Wirtschaft-Wissenschaft gerecht werden. Durch die unterschiedlichen Standorte in der Innenstadt, im Bereich des Westerbergs und im Stadtteil Haste verfügt Osnabrück über ein attraktives Studien- und Arbeitsumfeld. Fragen der Verkehrsentwicklung – Studierende sind heute vorrangig Rad- und Busfahrende – der Wohnbebauung, der Digitalisierung von Dienstleistungen, der Qualität und Vielfalt von Freizeit- und Kulturangeboten oder der Nahversorgung bestimmen die künftige Planung einer modernen Stadt. Von uns verantwortete Stadtentwicklung nimmt dabei alle Anforderungen auf und unterstützt den gemeinsamen Entwicklungsprozess hin zu einem wissensbasierten Oberzentrum.

Die Kommunalpolitik kann Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich Osnabrück mit einer attraktiven urbanen Lebensqualität als ein Wissenschaftsstandort im Wettbewerb mit anderen Städten anbietet und so zusätzlich hochqualifizierte Beschäftigte an die Stadt bindet.

Für die Stadtentwicklung folgt daraus, dass so genannte „weiche“ Standortfaktoren wie Lebensqualität und Urbanität mit hohem Kultur- und Freizeitwert für die Wohn- und Umweltgestaltung eine immer größere Bedeutung gewinnen als traditionelle, verkehrorientierte Standortfaktoren. Wir wissen um die Bedeutung des Hochschulstandorts Osnabrück. Daher will die SPD dem Rechnung tragen und als ersten Schritt eine engere Verzahnung von Politik, Verwaltung und Wirtschaftsorganisationen vorantreiben.

Wir setzen uns dafür ein, dass:

- beide Hochschulen und das Studentenwerk in ihren Ausbauplanungen durch die kommunalen Entscheidungsträger aktiv unterstützt und ihre Interessen in der gesamten Stadtentwicklungsplanung langfristig einbezogen werden;
- die Osnabrücker Hochschulen und das Studentenwerk in ihrem Bemühen um eine attraktive Standortgestaltung unterstützt werden, dass ein regelmäßiger Austauschprozess organisiert, geplant und verbindlich eingerichtet wird;
- die Konkurrenzfähigkeit des Hochschulstandorts im Wettbewerb um Studierende und Wissenschaftler zum Planungsziel für Infrastruktur- und Stadtplanung wird;
- studentische Wohnraumplanung bei der Bedarfsermittlung und der Stadtentwicklung kontinuierlich berücksichtigt wird und beim Bau neuer studentischer Wohnanlagen gemeinnützige Einrichtungen erster Ansprechpartner sind,

- die Hochschulentwicklung durchgängiger Bestandteil bei der Verkehrsplanung ist und das Angebot des Öffentlichen Nahverkehrs sowie die Radwegplanung hierauf deutlich abgestimmt werden,
- die beiden Hochschulen und das Studentenwerk sowie Rat und Verwaltung der Stadt gemeinsam und zielgerichtet daran arbeiten, die Anforderungen und Rahmenbedingungen für eine wissensbasierte Stadt abzustimmen und dies zu einem strategischen Ziel künftiger Stadtentwicklung ausgebaut wird.

Wir wollen vorhandene Hochschulstrukturen stärken und uns für die Ansiedlung zusätzlicher Forschungseinrichtungen mit überregionaler Ausstrahlung einsetzen.

KULTURELLE VIelfALT FÖRDERN

FREIHEIT, AUFKLÄRUNG UND EMANZIPATION

Osnabrück ist eine Kulturstadt mit langer Tradition und einem vielfältigen kulturellen Leben. Freiheit, Aufklärung und Emanzipation drücken sich in der Kultur aus. Diese zu fördern ist oberstes Ziel unserer Kulturpolitik.

Eine lebendige Kulturszene prägt das Stadtbild und steigert die Attraktivität der Stadt. Sie ist Abbild der Gesellschaft, verbindet Generationen und Nationali-

täten und zeigt die große Qualität Osnabrücks. Lokal oder regional verankerte Kultur schafft Identität und Heimat. Kultur ist ein zentrales Merkmal des Lebens in unserer Friedensstadt.

Wir sehen in der Friedenskultur eine Besonderheit der Stadt, die unbedingt erhalten werden muss und dabei das Miteinander der verschiedenen Lebensformen und Weltansichten noch verbindet. Toleranz, Weltoffenheit und Vielfalt sind die Werte, auf denen die Friedens- und Stadtkultur auch in Zukunft aufgebaut sein soll. Wir setzen alles daran, dass unsere Stadtgesellschaft in diesem Sinne weiter zusammenwächst.

Kultur soll politisch als kommunale Pflichtaufgabe verstanden werden, mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden und noch mehr Anerkennung erfahren.

Wir wollen:

Die kulturelle Basis sichern

- ein breites Kulturangebot fördern, ohne Konzentration auf so genannte „Highlight-Kultur“
- die Vernetzung und Kooperationen von Kulturschaffenden fördern
- die Kulturschaffenden bei der Suche nach Räumlichkeiten unterstützen und neue Kulturräume schaffen
- die Hürden für die Nachwuchsförderung und zu den kulturellen Mitmachangeboten abbauen
- Kulturangebote unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen schaffen
- Kultur und Bildung noch stärker miteinander verzahnen und dabei auch die Medienkompetenz weiter fördern

- Kulturangebote unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen schaffen
- Kultur und Bildung noch stärker miteinander verzahnen und dabei auch die Medienkompetenz weiter fördern
- die Einrichtung von barrierefreien Zugängen für sämtliche Kulturräume und Förderung der Integration im Bereich der Inklusion.

Kulturförderung sichern

- eine verlässliche Kulturförderung garantieren, so dass auch Basisangebote weiterhin unterstützt und gesichert werden können
- die Suche nach Sponsoren und Fundraising für die Kunstszene in Osnabrück stärken
- Anreize schaffen, damit Kulturschaffende nach Osnabrück kommen und hier bleiben.

Finanzierung verstetigen

- den Landkreis bei der Finanzierung von Kulturangeboten in Osnabrück verstärkt einbeziehen
- einen Kulturfonds einrichten

Lokale Bezüge stärken

- die Erinnerungskultur weiter fördern, u. a. mit dem Felix-Nussbaum-Haus und dem Ausbau von Einzelthemen
- das Kulturgeschichtliche Museum zu einem Stadtgeschichtlichen Museum umwandeln
- die „Museumsinsel“ aus Felix-Nussbaum-Haus, Kulturgeschichtlichem Museum, Akzisehaus und Villa Schlicker weiterentwickeln und im Sinne der Erinnerungskultur stärken

- den Initiativen, die sich mit den Osnabrücker Persönlichkeiten der Friedenskultur befassen, mehr Raum in der öffentlichen Wahrnehmung geben
- die Kulturnacht und andere Kulturtermine stärken und ausbauen
- die Kulturangebote im öffentlichen Raum bzw. in den Stadtteilen ausbauen

Institutionen voranbringen

- das Theater mit seinen Sparten und das Emmatheater erhalten
- das Kinder- und Jugendtheater OSKAR und die theaterpädagogische Arbeit fortführen
- das breitgefächerte Angebot der Kunst- und Musikschule mit bezahlbaren Kursgebühren sichern
- die enge Zusammenarbeit mit den örtlichen Hochschulen fortführen
- das Konzept zur Einführung eines Nachtbürgermeisters nach Amsterdamer Vorbild prüfen
- Damit Menschen mit geringem Einkommen weiter am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können, werden die Angebote des Osnabrückpasses stetig erweitert.

***KULTURELLES LEBEN
IN VIELFALT
ERMÖGLICHEN***

SPORT

SOZIAL, MODERN, LIEBENSWERT

Der Sport in der Friedensstadt Osnabrück ist für uns ein wichtiger Bestandteil einer sozialen, modernen und lebenswerten Stadt. Es ist ein wichtiges Gestaltungselement unserer Freizeit, hat aber auch aufgrund höherer Lebenserwartungen unserer Bürger und Bürgerinnen eine besondere Bedeutung.

Unser Ziel in Osnabrück ist es, im Bereich Sport Maßnahmen zu treffen, die den aktuellen Anforderungen gerecht werden, aber auch für die Zukunft Möglichkeiten eröffnen, den Sport in Osnabrück weiterzuentwickeln. Das bedeutet für die Politik, die finanziellen und baulichen Rahmenbedingungen herzustellen. Sport als öffentliche Daseinsvorsorge wird in der Weiterentwicklung des Entwicklungsplans für Sportstätten ausgewiesen.

Dies beinhaltet:

- bedarfsgerechte Sanierung vorhandener Sporthallen fördern
- Erhalt von sportlich genutzten Freiflächen, besonders an Schulstandorten
- die Betriebsführungsverträge zwischen Stadt und Sportvereinen regeln
- die Förderrichtlinien zur Gleichbehandlung aller Vereine überarbeiten

- die Zusammenarbeit der Sportvereine mit dem Hochschulsportangebot verbessern

Sport als gesamtgesellschaftliche Aufgabe beinhaltet:

- Förderrichtlinien, Zuschuss- und Gebühren- bzw. Entgeltordnung neu zu betrachten;
- Integrationsangebote für jeden Menschen durch den Sport zu schaffen: Menschen jeder Herkunft fühlen sich durch den Sport zu Hause.
- die Inklusion im Sport weiterzuentwickeln
- Sportgeräte an öffentlichen Flächen unter gesundheitlichen Aspekten zu überprüfen
- Abstimmungen mit den Sportvereinen und der Hochschule über die Präventionsarbeit und die Weiterentwicklung der Integration bzw. Inklusion

SPORT ALS AUFGABE FÜR DIE GESAMTE GESELLSCHAFT

EHRENAMT FÖRDERN UND WERTSCHÄTZEN

Osnabrück zeichnet sich durch eine große Vielfalt an ehrenamtlichen Organisationen und Initiativen aus. Das soziale, kulturelle und bürgerschaftliche Engagement der Menschen ist prägend für die Stadt und verdient unseren größten Respekt. Wir wollen auch in Zukunft den ehrenamtlichen Einsatz der Menschen für das Gemeinwohl fördern und wertschätzen.

Die Form des freiwilligen Engagements befindet sich seit Jahren im Wandel und bedeutet für viele Vereine und Organisationen hinsichtlich ihrer kontinuierlichen Arbeit eine große Herausforderung. Die Stadt Osnabrück muss diesen Wandel aktiv begleiten und nach Unterstützungsmöglichkeiten suchen. Die hohe Hilfsbereitschaft in der Unterstützung von geflüchteten Menschen verdeutlicht, wie wichtig das Ehrenamt für eine funktionierende Gesellschaft ist. Freiwilliger Einsatz darf staatliche und hauptamtliche Strukturen jedoch nicht ersetzen. Die Vernetzung und Koordination ehrenamtlicher Angebote muss durch hauptamtliche Ansprechpartner gewährleistet werden. Mit der Freiwilligenagentur hat die Stadt Osnabrück einen etablierten Akteur, der diese Aufgaben seit Jahren erfolgreich übernimmt. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Freiwilligenagentur auch in Zukunft ein starker und verlässlicher Ansprechpartner für Bürger und Organisationen ist.

FAMILIE UND JUGEND- KULTUR DIE FAMILIE IM BLICK

In unserer schnelllebigen Zeit fällt es immer schwerer, Kindern und Jugendlichen Perspektiven aufzuzeigen, die ihnen eine gute Zukunft und einen festen Platz in unserer Gesellschaft gewährleisten. An Familien werden immer höhere Anforderungen bei der Aufgabe gestellt, ihren Kindern bestmögliche Entwicklungschancen zu sichern. Gleichzeitig erleben Familien oft eigene unsichere Arbeitsverhältnisse, finanzielle Probleme und schwierige Lebensbedingungen. Es ist unser Ziel, Familien zu stärken und verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die alle Familien unterstützen und dazu beitragen, dass sie die an sie gestellte Verantwortung tragen können.

Aus diesem Grund ist es unser Ziel, die familienfreundliche Politik der vergangenen Jahre fortzusetzen und den Bedürfnissen der Familien in allen Lebensformen weiter anzupassen.

Dazu gehören:

- Erhaltung und Entwicklung bedarfsgerechter hochwertiger Betreuungsplätze für Kinder von 0 bis 6 Jahren in Kindertagesstätten und bei Tagesmüttern
- Bedarfsgerechte Öffnungszeiten, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Studium und Ausbildung sicherstellen.

- Hortangebote an allen Grundschulen, die noch kein Ganztagsangebot vorhalten
- bedarfsgerecht die Kindertagespflege und individuelle Angebote durch Tagesmütter entwickeln
- soziale Elternbeiträge bis hin zur Abschaffung von Kitagebühren und Kostenübernahme durch Bund und/oder Land sicherstellen
- Geschwisterkinder zahlen keine Beiträge
- Sprachförderung bereits in der Kita
- Ganztagsangebote an Grundschulen ausbauen und weiterentwickeln
- Angebot bedarfsgerechter Beratung sowie erzieherischer Hilfen
- Jugend – Niemand darf verloren gehen

Jugendliche sind auf der Suche nach Orientierung. Auf dem Weg zur Herausbildung einer eigenen Persönlichkeit wollen sie sich ausprobieren, jedoch haben sie dafür immer weniger Freiräume, die zu Auseinandersetzungen in und mit einer immer älter werdenden Gesellschaft führen.

Wir wollen jungen Menschen eine Perspektive aufzeigen, dass sie einen festen Platz und eine gute Zukunft in unserer Stadt haben.

Für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft ist es wichtig, dass wir allen Kindern und Jugendlichen von Anfang an faire Chancen geben, Lernfelder für soziale Gemeinschaften zur Verfügung stellen und dort helfen und unterstützen, wo dies notwendig ist. Damit investieren wir in die Zukunft aller.

Wir streben folgende Ziele zur Förderung der Jugendlichen an:

- Erhalt aller Kinder- und Jugendzentren, Ausbau kultursensibler Arbeit und Förderung der Quartiersarbeit
- informelle Elterntreffs (Elterncafés) fördern und unterstützen
- Erhalt der Jugendberufshilfe Dammstraße
- Schulsozialarbeit an Haupt- und Realschulen sichern
- den Übergang von der Schule zum Beruf begleiten
- eine Jugendberufsagentur einrichten
- Kinder und Jugendliche an kommunalen Entscheidungen beteiligen; das Jugendparlament und den Beirat für Kinderinteressen beibehalten
- attraktive, wohnortnahe Spielplätze für Kinder sowie Bolzplätze und Treffpunkte für Jugendliche erhalten und das Osnabrücker Spielplatzkonzept weiterentwickeln
- Initiativen und Maßnahmen zur Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut, z. B. den „Runden Tisch Kinderarmut“ unterstützen und weiterführen
- den Ring politischer Jugend in der Stadt Osnabrück neugründen

**JUNGEN MENSCHEN
PERSPEKTIVEN
AUFZEIGEN**

DIGITALISIERUNG

HOCHWERTIGE

DIGITALE ANGEBOTE

Menschen leben gerne dort, wo ihnen ein vielfältiges Angebot unterschiedlicher Medien angeboten wird und sie die Wahl treffen können, welches Medium sie nutzen. Zu einer attraktiven Stadt gehören die Weiterentwicklung und konstante Begleitung der Digitalisierung. Soziale Netzwerke, verstärkte Nutzung mobiler Geräte und die immer größere Verbreitung des Internets zeigen eins auf: Die Digitalisierung unserer Welt schreitet ungebremst voran.

Wir wollen den Menschen diese Nutzungsmöglichkeiten bieten. Wir werden uns daher weiterhin dafür einsetzen, das Onlineangebot der Stadtverwaltung zu erweitern, um die Kommunikation zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und der Stadtverwaltung zu verbessern und um das Angebot qualitativ zu verbessern.

Wir haben den festen Willen, allen Bevölkerungsgruppen unserer Stadt den Zugang zu einem kostenlosen Internet zu ermöglichen. Wir werden uns dafür weiterhin für den Ausbau des freien WLAN-Netzes in Osnabrück einsetzen, sei es über Gemeinschaftsnetzwerke oder durch Hotspots an zentralen Orten der Stadt, und unterstützen die Freifunk-Initiativen.

Wie attraktiv Osnabrück als Wirtschaftsstandort ist, hängt immer mehr davon ab, inwieweit ein qualitativ hochwertiges digitales Angebot vorliegt. Wir werden die Verbesserung dieses Angebots unterstützen und vorantreiben, um die heimische Wirtschaft mit allen ihren Arbeitsplätzen zu stärken und neue Unternehmen vom Standort Osnabrück zu überzeugen.

FREIE ZUGÄNGE, ATTRAKTIVE DIGITALE ANGEBOTE

KONTAKT

SPD Unterbezirk Osnabrück-Stadt

Antje Schulte-Schoh (Vorsitzende)
Lengericher Landstr. 19 b
49078 Osnabrück

Telefon: 0541-2 78 33

Telefax: 0541-2 78 34

Mail: info@unser-osnabrueck.de

Web: www.unser-osnabrueck.de

BANKVERBINDUNG

SPD Osnabrück

Sparkasse Osnabrück

IBAN DE55 2655 0105 0000 0451 79

BIC NOLADE22XXX

Spenden an die SPD sind steuerlich absetzbar.
Wir freuen uns über Ihre Unterstützung!

© 2016 SPD Unterbezirk Osnabrück-Stadt

V.i.S.d.P.: Antje Schulte-Schoh, Vorsitzende

Bildnachweis: S.1 creative commons

Das Layout dieser Broschüre wurde ermöglicht durch: Deutsches Empowerment-Institut.

Wir danken unseren Unterstützern!

*BEI ALLEN FRAGEN ZU
UNSEREN THEMEN UND
VORHABEN FREUEN
WIR UNS ÜBER
IHRE NACHRICHT!*

UNSER-OSNABRUECK.DE





WIR SIND EUROPA

UNSER-OSNABRUECK.DE